

„Wie verhält sich Kirche zu den autoritären Versuchungen der Gesellschaft?“

Bischof i.R. Dr. Dr. h.c. Markus Dröge

Vortrag am 5.3.2020 auf der Konferenz evangelischer Polizeipfarrerinnen und Pfarrer 2.- 6.3.2020 in Hofgeismar unter dem Thema „Und führe uns nicht in Versuchung – Von der Faszination einfacher Antworten in Zeiten von Umbrüchen

*

Ich danke Ihnen herzlich für die Einladung mit Ihnen ins Gespräch zu kommen über eines der brennenden Themen unserer Zeit. Ich halte es nicht für übertrieben zu sagen: Das Thema „Autoritäre Versuchungen“ ist genauso drängend wie der das Thema des Klimaschutzes, denn bei beiden Themen geht es um die Frage, ob es uns gelingt, die Grundlagen eines menschenwürdigen Lebens in unserer Gesellschaft für die Zukunft zu sichern – dort ökologisch, hier bezüglich der Grundwerte des Zusammenlebens, also bildlich gesprochen: Es geht dort um das ökologische Klima und hier um das soziale Klima.

Sie als Polizeiseelsorgerinnen und –seelsorger tun einen wichtigen Dienst an denjenigen, die für Recht – und damit für den Schutz der Schwächeren – und für die Grundlagen unserer Gesellschaft eintreten. Polizeibeamte tun dies nicht selten unter Gefahr für Leib und Leben. Ich habe in Berlin und Brandenburg als Bischof verschiedentlich Polizistinnen und Polizisten besucht, bin auf Streife mitgefahren und habe auch das Spezialeinsatzkommando besucht. Ich war jedes Mal beeindruckt von den Menschen, die dort Dienst tun.

Das Problem autoritärer Versuchung gibt es in spezifischer Weise auch unter Polizeibeamtinnen und –beamten. Wir hören von rechtsextremen Netzwerken, Chatgruppen, gegen die z.B. in Hessen ermittelt wird. Ein nach Berlin-Wedding gewechselter Oberkommissar soll darin verstrickt sein. Ich brauche Ihnen dies nicht zu schildern. Sie werden diese Meldungen aufmerksam verfolgen. Es gibt aber auch unter Polizisten, die nicht zu einer extremen Weltsicht neigen – so weiß ich aus dem Gespräch mit Seelsorgerinnen und Seelsorgern –, Sympathien für Positionen der Rechtspopulisten, vor allem, wenn sie den Eindruck haben, unser Staat setze sich nicht ausreichend für Recht und Ordnung ein.

Ich möchte in meinem Vortrag wie folgt vorgehen:

Weil das Thema in der Öffentlichkeit hoch emotionalisiert und vielfach unsachlich behandelt wird, will ich zunächst (I.) einige Klärungen vornehmen: Sind wir uns wirklich einig, dass Autoritarismus eine Versuchung ist? Und gibt es die Versuchung nur von rechts? Dann (II) will ich aus meiner Erfahrung berichten: Was sind die einfachen Antworten? Was ist das propagierte Weltbild der Rechten, wie es in den rechtspopulistischen Netzwerken verbreitet wird? Und was ist Rechtspopulismus überhaupt? In einem dritten Teil (III.) will ich schildern, wie und mit welchen theologischen und

juristischen Grundlagen die EKBO die Auseinandersetzung bisher geführt hat. Und schließlich (IV.) möchte ich einige Konsequenzen, die ich für die Seelsorge sehe, benennen.

I. Klärungen

1. Ist Autoritarismus eine Versuchung?

Es ist keineswegs selbstverständlich, dass die Kirche autoritäres Denken und Handeln als eine Versuchung betrachtet. Denn historisch betrachtet hat die Kirche oft – zu oft – Autoritäten kritiklos bejaht, unterstützt und in Unterricht und Verkündigung die Christen dazu aufgerufen, der Versuchung zu widerstehen, Autoritäten *in Frage zu stellen*. Gerade die evangelische Kirche war sehr autoritätsgläubig, wenn es um die staatlichen Autoritäten ging. Erst durch den immensen und offensichtlichen – wenn auch für viele erst im Nachhinein offensichtlichen – Autoritätsmissbrauch im Dritten Reich hat die evangelische Kirche einen Lernprozess durchschritten. Heute wissen wir, dass es Teil unserer Berufung ist, besonders die Berufung der Ordinierten, jede Macht vom Evangelium her kritisch zu befragen, ob und wie ihr zu folgen, zu dienen, zu vertrauen ist.

Die Barmer Theologische Erklärung war und ist maßgebend für diesen kritischen Ansatz: Mächte sind christologisch zu prüfen (Thesen I und II); innerhalb der Kirche soll das Jesuswort gelten: Wer herrschen will, soll dem Nächsten dienen (These IV); die Kirche soll nicht nur in ihrer Verkündigung, sondern auch als Institution die Geschwisterlichkeit bezeugen (These III). Und sie soll dieses Menschenverständnis und diese Ethik des sozialen Miteinanders als Botschaft in die Welt tragen, Regierende und Regierte an Gottes Gebot, Reich und Gerechtigkeit erinnern (These V). Im Lernprozess der evangelischen Kirche seit dem Zweiten Weltkrieg hat sich diese Theologie in der Tradition Barmens mit der theologischen Rezeption der Menschenrechte verbunden, die von der gleichen Würde und Wertigkeit aller Menschen ausgehen.

An all dies erinnere ich zu Beginn, weil diese theologischen Grundlagen heute nicht mehr selbstverständlich sind – und das ist das tiefere Problem, das hinter der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus und mit neo-autoritären Ideologien steht. Teile der europäischen Christenheit fühlen sich diesem Lernweg nicht oder nicht mehr verpflichtet. Ich denke an Strömungen in Polen, in Ungarn, in Lettland, ganz zu schweigen vom amerikanischen Evangelikalismus, der dem zynisch-menschenverachtenden Trump zujubelt. Zu hoffen bleibt, dass der deutsche Evangelikalismus sich nicht zu stark davon beeinflussen lässt.

Ich gehe in meinen weiteren Ausführungen davon aus, dass Sie den Lernweg, den ich beschrieben habe, nicht verlassen haben oder verlassen wollen, sondern dass ich von einem gemeinsamen theologischen Fundament ausgehen kann.

2. Gibt es nur die autoritäre Versuchung von rechts? Zum Verständnis der Äquidistanz

Autoritarismus gibt es nicht nur bei der Neuen Rechten. Auch die extreme Linke hat autoritäre Züge und ebenso der religiöse Fundamentalismus in allen Religionen. Ja, es gibt aktuell die autoritäre Linke, die ideologische Antworten auf komplexe Probleme anbietet, die sich nicht klar gegen Gewalt abgrenzt, sondern z.B. in Kreuzberg Autos anzündet. Von ihr aber geht heute nicht die primäre Gefährdung unserer Gesellschaft aus. Der nicht für linke Positionen verdächtige Innenminister Horst Seehofer hat am vergangenen Montag auf dem Integrationsgipfel der Kanzlerin nochmals das betont, was er seit letztem Herbst betont: Wir haben eine hohe Gefährdungslage durch die gewaltbereite Rechte. Und er hat hinzugefügt, dies dürfe nicht mit Verweis auf die extreme Linke relativiert werden.

Für die sogenannte Äquidistanz, die es zwischen links-außen und rechts-außen zu halten gelte, habe ich wenig Verständnis, wenn das dazu führt, z.B. Ministerpräsident Ramelow und den AfD-Vorsitzenden Thüringens auf gleicher Ebene zu betrachten. Die Partei „DIE LINKE“ mit dem Linksextremismus gleichzusetzen, ist völlig wirklichkeitsfremd. In meinem Bischofsamt in Berlin und Brandenburg habe ich zehn Jahre lang immer mit Politikern der LINKEN in Regierungsverantwortung zu tun gehabt. Sie stehen klar auf dem Boden unserer freiheitlichen Demokratie, lehnen Gewalt ab und machen eine sehr pragmatische Politik. Natürlich gibt es Themen, bei denen wir uns als Kirche gegen die Positionen der LINKEN wehren mussten, kirchenfeindliche Tendenzen, besonders wenn es um die Finanzen geht. Und natürlich müssen wir die Partei der LINKEN an ihre Mitverantwortung für die Unterdrückung und Verfolgung von Christen in der DDR erinnern. Aber ihre Politik betreibt sie auf dem Boden unserer Verfassung mit fairer Auseinandersetzung. Und es gibt durchaus gemeinsame soziale Werte, die uns als Kirchen mit der LINKEN verbinden.

Die sogenannte Äquidistanz zeigt ein Verhaftet-Sein in einem ideologischen Erklärern, die die Wirklichkeit überhaupt nicht angemessen wahrnehmen. Mit der AfD haben wir eine Partei, die als der parlamentarische Arm des gewaltbereiten Rechtsextremismus betrachtet werden muss; die unsere Gesellschaftsordnung mutwillig unterwandern will; die unsere Demokratie als Instrument benutzt, um an die Macht zu kommen, damit sie einen autoritären Staat etablieren kann, der mit Gewalt Andersdenkende ausgrenzt. Die AfD ist keine Partei, die die Ziele unserer freiheitlichen Demokratie unterstützt. Ihr Parteiprogramm steht in starker Spannung zu Art. 1 des Grundgesetzes, und die öffentlichen Äußerungen der Funktionäre widersprechen täglich dem Geist und vielfach auch dem Buchstaben des Grundgesetzes. Mit der Gleichsetzung der LINKS-Partei und der AfD unter der Überschrift des Extremismus betreibt man deshalb mutwillig die Destabilisierung unserer Gesellschaft.¹

¹ Bodo Ramelow ist ein bewusster evangelischer Christ. Ich sitze gemeinsam mit ihm im Stiftungsrat der Leo-Baeck-Stiftung. Er stammt mütterlicherseits aus der traditionsreichen, lutherischen Familie Fresenius. Einer seiner Vorfahren war Johann Philipp Fresenius, gemäßigt lutherisch-orthodoxer Theologieprofessor, vom Halle-schen Pietismus geprägt; später Hauptpastor in der Frankfurter Barfüßerkirche, wo er 1794 Johann Wolfgang

II. Das Weltbild der autoritären Rechten im Spiegelbild der sozialen Medien

Ich habe seit Jahren seit ich mich öffentlich kritisch zur AfD äußere, viele Emails aus dem Bereich des Rechtspopulismus bekommen, von hasserfüllt bis naiv, von unverschämt bis frömmelnd. Ich habe fast alle immer gelesen, um das Weltbild zu verstehen. Wie sieht es aus, und was sind die einfachen Antworten? Ich skizziere:

1. Das Weltbild der autoritären Rechten

Es sei nicht rechtmäßig gewesen, 2015 die Flüchtlinge ins Land zu lassen. Ihnen sei zu viel gegeben worden; die Einheimischen kämen deshalb zu kurz. Die Neubürger also seien schuld, dass es bei uns an so vielen hapert: fehlender ÖPNV in Brandenburg, zu wenig Sozialhilfe, steigende Kriminalität. Da es keine ausreichende Grenzsicherung gebe, kämen zu viele junge, starke, kriminelle Muslime in unser Land. Muslime würden zu viele Kinder bekommen und unsere Kultur unterwandern. Jede Rücksichtnahme auf muslimische Religiosität, etwa Alternativen zu Schweinefleisch in Kindergärten, würde zeigen, wie weit die Islamisierung schon fortgeschritten ist. Die Muslime wollten bei uns die Macht übernehmen. Muslime hätten viele Kinder, während die deutschen Frauen abtreiben würden. Es finde eine Umvolkung statt, die von den bürgerlichen Parteien, besonders von Frau Merkel, bewusst betrieben wird. Wir als Kirche würden mit unserer Dialogbereitschaft bei dieser Strategie mitmachen, wir seien zu dumm, um zu merken, wie wir uns selbst den Boden damit unter den Füßen wegziehen: Mitgliederschwund. Und wir tun nichts. Eine Spitzenmail an mich hat es auf den Punkt gebracht: „Sie werden der erste sein, der geschächtet wird, wenn die Muslime die Macht übernommen haben.“ Wir sollten ganz anders ein offensives Christentum vertreten. Zum Beispiel aktiv den „Marsch für das Leben“ unterstützen, damit den deutschen Frauen verboten wird abzutreiben. Das wäre die richtige Strategie gegen die Prognosen der Freiburger Studie. So würde auch die evangelische Kirche wieder mehr Mitglieder bekommen. Die Kirche müsste missionarisch in dem Sinne sein, dass sie offensiv aufzeigt, wie schlecht der Islam als Religion sei. Er sei mehr eine aggressive Ideologie, als eine Religion. Die aktuelle Kirche aber sei zu schwach und mutlos, rot-grün versifft. Die Kirche zur Zeit der Kreuzzüge dagegen hätte noch Klarheit und Kraft gehabt.

Diese unterschiedlichen Fäden werden dann immer neu und anders verflochten. Ziel müsse bei allem sein: Eine andere Kirche, so wie die nationalistischen Kirchen in Polen, Ungarn, USA. Den Islam müssten wir bekämpfen, Muslime ausschließen, Flüchtlinge abwehren, nationale Eigenidentität stärken gegen Europa und gegen die Globalisierung. Wohin führt dieses Weltbild?

von Goethe getauft hat. Ramelow versteht sich als Kieselstein im Schuh der LINKEN, der innerhalb der Partei für das Christentum und die Kirche eintritt.

Das alles führt zu einer ungeschminkten völkischen Ideologie: Die Dame der AfD, mit der ich auf dem DEKT 2017 diskutiert habe, hat eine pure Apartheidstheologie vertreten: Gott wolle, dass jedes Volk dort bleibe, wo er die Menschen hat zur Welt kommen lassen; das Land, in dem Menschen geboren werden, das sei das ihnen von Gott gegebene Land. Dort zu leben sei das von Gott bestimmte Schicksal. „Ethnopluralismus“ ist dafür der euphemistische Fachbegriff.

Das Schädlichste an der Ideologie der autoritären Rechten aber ist nach meiner Erfahrung das Schüren von Angst, die zum Hass führt: Angstgetrieben geht Menschen die Spannkraft verloren, die Geduld, die Hoffnung, dass Probleme erkannt und einvernehmlich gelöst werden können, dass Dialog und demokratische Mittel in der Lage sind, unser Land, Europa, ja die globale Welt in eine gute Zukunft zu führen. Daraus entsteht dann schleichend eine Legitimation für Unmenschlichkeit und Hass. Es wird quasi ein Freibrief erteilt, die Wertigkeit der Menschen zwischen Menschengruppen unterschiedlich zu verteilen. Die abwertende Rede über Menschen gilt als mutiges Bekennen der Wahrheit gegen die sogenannte *political correctness*. Gewalt gegen sogenannte Minderwertige auszuüben wird zwar nicht offen propagiert aber als verständliche Reaktion geduldet oder auch klammheimlich begrüßt. Denn wenn unser Volk von einer Umvolkung bedroht ist, hat es dann nicht das Recht der Notwehr? Ja, im rechtspopulistischen Milieu gilt es als mutig und standhaft, wenn anders als die sogenannten Gutmenschen es tun, die Notwendigkeit auch grausamer Methoden betont wird, um das deutsche Volk zu schützen. Da muss man dann eben auch ängstliche Kinderaugen aushalten, wenn man die Flüchtlinge mit Gewalt von den Grenzen fernhält.

Dieses Weltbild trifft im Kern den Artikel 1 unseres Grundgesetzes, die gleiche Würde aller Menschen, und das republikanische Verständnis unseres Staates, zu dem jeder gehören darf, der die Werte des Grundgesetzes achtet; es trifft die Religionsfreiheit, ja die Menschenrechte überhaupt. Wer behauptet, dass solche Meinungen auf Augenhöhe als Diskursbeiträge anzuerkennen seien, der verlässt selbst den Boden unserer Werteordnung, unserer Verfassung, der Menschenrechte und des christlichen Glaubens. Es gibt Thesen, die auch dann als nicht diskursfähig ausgeschlossen werden müssen, wenn 30 % der Wähler sie gut finden.

Warum aber findet das Weltbild des Rechtspopulismus so viele Anhänger bis weit ins bürgerliche Lager hinein? Weil die wenigsten Sympathisanten der AfD sich wirklich mit den Thesen auseinandersetzen. Mein Eindruck ist, dass verschiedene Menschen verschiedene Einzelthesen der Populisten gut finden und dann aus den unterschiedlichsten Motiven heraus die AfD wählen: Nicht wenige Gebildete wählen AfD aus allgemeiner Unzufriedenheit. Ein sehr gut verdienender Zahnarzt beklagte sich bei mir über berufsständische Gravamina. Seit Jahren würde sich nichts ändern. Deshalb müsse er jetzt einfach einmal die Partei wählen, die sagt: „So geht es nicht weiter!“ Andere sind unzufrieden mit der etablierten Parteienlandschaft und wählen deshalb einfach einmal diejenigen, die alles gegen

den Strich bürsten; Demokratie-Theoretiker freuen sich, dass endlich einmal etwas in Bewegung gerät; und dann die vielen monothematischen Wähler: Abtreibungsgegner; Menschen, die sich vom Islam in ihrer Wohngegend bedroht fühlen; Menschen mit Abstiegsängsten; Menschen, die sich Sorgen machen, dass Europa und schlimmer noch die Globalisierung unserem Land, unserer Wirtschaft zum Nachteil werden wird.

Das Verführerische sind die einfachen Schuldzuweisungen, Feindbilder und das angebotene Superioritätsbewusstsein schlicht durch die Geburt als Deutscher. Mit all dem aber wird kein Problem gelöst. Im Gegenteil: Es wird ein Weg eröffnet, der in letzter Konsequenz dazu führt, Menschen und Menschengruppen gegeneinander aufzubringen. Und das in einer Zeit, in der die Welt voller ungelöster Konflikte ist; in der alles darauf ankommt, dass die globalisierte Welt das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Kultur und Religion lernt.

2. Was ist Rechtspopulismus?

Unter Rechtspopulismus wird eine Haltung verstanden, die behauptet, der eigentliche Wille des Volkes werde nicht durch das vorhandene politische System und seine Institutionen angemessen vertreten, sondern es bedürfe der Volksführer, die den Willen des Volkes politisch umsetzen.² Geradezu gespenstisch deutlich wurde diese rechtspopulistische Ideologie bei der Rede Donald Trumps nach seiner Inauguration: Mit theatralischer Geste behauptete er, er wäre nun der Führer, der dem amerikanischen Volk seine Herrschaft wieder zurückgeben würde. Das impliziert die Behauptung, Amerika, eines der Ursprungsländer der Demokratie überhaupt, habe bisher nicht in einer funktionierenden Demokratie gelebt. Inzwischen wissen wir, dass er sich mit diesem Ansatz berechtigt fühlt, sich über Recht und Gesetz hinwegzusetzen.

Die AfD lässt sehr klar erkennen, dass ihr die Grundakzeptanz unseres Gesellschaftssystems fehlt. Sie arbeitet mit einer Verschwörungstheorie und behauptet in ihrem Parteiprogramm:

„Heimlicher Souverän ist eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien.“³

Unser aktuelles Parteiensystem sei letztlich korrupt. Ganz im Sinne Trumps müsse erst dem deutschen Volk wieder seine Macht zurückgegeben werden. „Nur das Staatsvolk ... kann diesen illegitimen

² [Karin Priester](#): Populismus als Protestbewegung. In: Alexander Häusler (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. Wiesbaden 2008, S. 30. Vgl. auch: [Andreas Zick](#) / [Beate Küpper](#), [Wut, Verachtung, Abwertung](#). Rechtspopulismus in Deutschland. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von [Dietmar Molthagen](#) und [Ralf Melzer](#), 2015.

³ Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland.

Zustand beenden“.⁴ Unsere demokratischen Institutionen, die nach dem Grundgesetz den Volkswillen zum Ausdruck bringen⁵, werden von den Funktionären der Bewegung verächtlich gemacht, wo es nur geht, um unsere Gesellschaft zu destabilisieren. Der evangelische Arbeitskreis der CDU nennt die Kritik der AfD an unserem Gesellschaftssystem zu Recht eine „Verzerrung des gesamten demokratischen Systems“.⁶ Schonungslos klar hat der Bundesvorsitzende der Jungen Alternative, Markus Frohnmeier, schon 2015 deutlich gemacht, was Rechtspopulismus bedeutet, und was das Ziel ist: „Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet, dann wird wieder Politik nur für das Volk gemacht, denn wir sind das Volk“.⁷

III. Wie kann die Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus gelingen – Erfahrungen aus der EKBO

Wir haben in der EKBO sehr früh damit begonnen, uns inhaltlich in der Kirchenleitung mit dem Rechtspopulismus auseinanderzusetzen, weil wir aus den Gemeinden gefragt wurden: Wie sollen wir uns bei Gemeindekirchenratswahlen verhalten, wenn öffentlich bekannte Rechtspopulisten in die Wahllisten eingetragen werden wollen?

1. Warum ist es so schwer, sich angemessen mit dem Rechtspopulismus auseinander zu setzen?

Wie entgehen wir dem Dilemma, als parteipolitisch Agierende zu erscheinen, wenn wir hier eine klare Abgrenzung vornehmen? Denn natürlich sollen und wollen wir als Kirche keine Parteipolitik betreiben. Wir geben in politischen Wahlkämpfen keine direkten, auf Parteien bezogene Wahlempfehlungen ab. Jeder Bürger, jede Bürgerin ist selbstverantwortlich und frei und bedarf nicht der Bevormundung durch eine Weltanschauungs- oder Religionsgemeinschaft. Gerade wir als Evangelische Kirche betonen die Gewissensfreiheit des Einzelnen. Andererseits muss es aber doch unsere Aufgabe sein, ethisch begründete, christliche Werte zu vermitteln, an denen sich die Gewissen orientieren können.⁸

⁴ Ebd.

⁵ Artikel 20,2 GG: „Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus. Sie wird vom Volk in Wahlen und Abstimmungen durch Organe ausgeübt.“

⁶ Wohin führen die Alternativen der AfD. Ein Faktencheck, Evangelischer Arbeitskreis der CDU, Juni 2016, S. 7

⁷ Deutschlandfunk, 29.10.2015

⁸ So kritisieren wir zum Beispiel die CDU, wo sie ihrem Anspruch christlich zu sein, unserer Auffassung nach, nicht gerecht wird; die SPD, die Grünen oder die FDP, wo sie Religion privatisieren wollen. Wir kritisieren alle Parteien, wo sie dem sozialen Anspruch unserer Gesellschaft oder der Bewahrung der Umwelt nicht gerecht werden. Die Linken kritisieren wir besonders dann, wenn sie nicht die notwendige Aufarbeitung ihrer totalitären, kommunistischen Geschichte leisten. Wir begründen unsere Positionen mit der christlichen Ethik. Dies wird von allen demokratischen Parteien akzeptiert. Sie sind bereit, sich mit unserer sachlichen Kritik auseinanderzusetzen.

Das erste, was zu bedenken ist, ist dass die AfD bestimmte Besonderheiten aufweist, die die anderen Parteien nicht aufweisen und die uns als Kirchen besonders herausfordern:

Eine Besonderheit ist: Die AfD behauptet das abendländische Christentum zu verteidigen. Christentum aber ist unsere Kernkompetenz

Wie begründet die AfD ihren Anspruch, für das christliche Abendland einzutreten? Ihr Programm formuliert keinerlei christliche Begründung. Ein christliches Menschenbild wird nicht geboten, anders als bei den C-Parteien. Auch die Funktionäre der Bewegung argumentieren nicht theologisch, wenn sie das formulieren, was sie für christlich halten.⁹ Diese Funktionalisierung des christlichen Glaubens für eine aggressiv rechtspopulistische Politik fordert natürlich in besonderer Weise die Kritik der Kirchen heraus.

Eine weitere Besonderheit: Die AfD benutzt unseriöse Kommunikationsmethoden, die den demokratischen Diskurs bewusst verzerren sollen. Als Kirche des Wortes sind wir da zum Protest gegen die Verdrehung der Wahrheit aufgerufen.

Entlarvend war das interne AfD-Papier, in dem sie ihre Kommunikationsstrategie für das Wahljahr 2017 festlegt hat.¹⁰ Dort heißt es, die Partei müsse "ganz bewusst und ganz gezielt immer wieder politisch inkorrekt sein". Sie dürfe „vor sorgfältig geplanten Provokationen nicht zurückschrecken". Es gehe nicht um die Sache oder um Lösungen - sondern um einen geplanten Effekt durch Provokationen. Die Reaktionen der "Altparteien" kalkuliert die AfD dabei gezielt ein: "Je nervöser und je unfairer die Altparteien auf Provokationen reagieren desto besser. Je mehr sie versuchen, die AfD wegen provokanter Worte oder Aktionen zu stigmatisieren, desto positiver ist das für das Profil der AfD." Negative Reaktionen müssten daher "ganz bewusst" einkalkuliert werden. "Viele Wähler gehen nicht davon aus, dass die AfD selbst bei einer Regierungsbeteiligung die von ihr angesprochenen Probleme lösen kann", heißt es ganz offen. Es gehe für den Wahlerfolg nicht darum, "zu den zentralen Themen differenzierte Ausarbeitungen und technisch anspruchsvolle Lösungsmodelle vorzulegen

⁹ Ablehnung von Homosexualität, ein konservatives Familienbild, den Schutz des ungeborenen Lebens, der aggressiv und ethisch undifferenziert mit der Unterstellung vorgetragen wird, die Kirchen würden sich nicht oder nicht angemessen für den Schutz des Lebens einsetzen, die Verteidigung einer deutschen Leitkultur, die undifferenzierte und polemische Abwehr des Islam – wie gesagt alles, ohne auch nur ansatzweise eine theologisch seriöse Begründung vorzutragen.

¹⁰ Vertraulich. Demokratie wieder herstellen. Dem Volk die Staatsgewalt zurückgeben. AfD-Manifest 2017. Die Strategie der AfD für das Wahljahr 2017. Bundesvorstand GP/RE 2016-12-22". <http://www.talk-republik.de/Rechtspopulismus/docs/03/AfD-Strategie-2017.pdf>. Das Strategiepapier wurde am 19.12.2016 in einer Telefonkonferenz des AfD-Bundesvorstandes beschlossen. Vgl. Merkur.de – online vom 19.12.2016. Im Folgenden gebe ich die Aussagen des Papiers wieder nach „AfD-Strategiepapier Provokation statt Problemlösung“, Stand: 23.01.2017, 15:06 Uhr. Von Thomas Leif, SWR und Patrick Gensing, tagesschau.de.

und zu verbreiten, die nur Spezialisten aus der politischen Klasse interessieren, die Wähler aber überfordern. Zu umfassende Antworten bergen die Gefahr, sich in technische Details zu verlieren." Es sei wichtiger, "den Finger in die Wunde der Altparteien zu legen, als sich in einer Expertendiskussion um Lösungsvorschläge zu verheddern". – Das Strategiepapier trägt den Titel: „Demokratie wieder herstellen. Dem Volk die Staatsgewalt zurückgeben“. Deutlicher kann man nicht bekennen, dass man gar nicht bereit ist, politische Verantwortung zu übernehmen, sondern nur provozieren und destabilisieren will.¹¹

Wer versucht, sich mit der AfD auseinanderzusetzen muss also wissen, dass die Regeln fairer Kommunikation nicht eingehalten werden. Sachliche Auseinandersetzung ist nicht gefragt. Natürlich gibt es auch in anderen Parteien Personen, die populistische Gesprächsstrategien verwenden. Die AfD aber macht dies bewusst zum Prinzip ihrer Kommunikation. Dass dies eine fundamentale Gefährdung der Demokratie ist, hat Joachim Gauck in seiner Abschiedsrede deutlich zum Ausdruck gebracht:

„Nur wenn wir an Tatsachen, wenn wir an Wahrheit festhalten, lässt sich Macht bewerten und – wo erforderlich – kritisieren. Lassen wir es nicht dazu kommen, dass sich Macht wieder ohne das wahrheitsgestützte Argument durchsetzt. Verteidigen wir stattdessen die Demokratie als eine Macht, die sich dem Argument anvertraut und sich von ihm leiten lässt.“¹²

Wegen dieser spezifischen Besonderheiten, müssen wir mit der AfD anders umgehen, als mit anderen Parteien.

2. Der geistliche Grund unserer Auseinandersetzung

Unser Ansatz kann nicht ein vager Christentumsbegriff sein, wie ihn die AfD verwendet. Wir müssen christologisch ansetzen, in der Tradition der Barmer Theologischen Erklärung, die einen historisch bewährten Ansatz in der Auseinandersetzung mit autoritär-völkischem Gedankengut bietet.

Die Person Jesu Christ leitet uns an, uns für Versöhnung einzusetzen, für die Nächstenliebe im Sinne der Bergpredigt, die gerade nicht nur die Liebe zum eigenen Volkstum, zur Familie, zur Heimat, zu den Geschwistern des eigenen Glaubens beinhaltet, sondern ihren spezifischen Wesensgehalt in der grenzüberschreitenden Liebe bis hin zur Feindesliebe hat. Es geht bei Jesus kultur- und religionsübergreifend um die Zuwendung zum Notleidenden, wie in der Geschichte des barmherzigen Samariters.

¹¹ Autor dieses Strategiepapiers ist der Berliner Spitzenkandidat der AfD Georg Padzderski.

¹² Joachim Gauck, „Wie soll es aussehen, unser Land?“. Rede zum Ende der Amtszeit im 18. Januar 2017 in Schloss Bellevue, Hrsg. Bundespräsidialamt, S. 10

Dietrich Bonhoeffer hat das in seinem Buch „Nachfolge“ gegen die völkischen Ideologien seiner Zeit sehr stark gemacht, ganz im Geiste der Bekennenden Kirche: Keine Mächte, Gewalten, Traditionen, Vorstellungen können für uns eine Normativität beanspruchen, die den Bezug auf Jesus ausblendet – auch keine Volksgemeinschaft und kein kulturelles Leitbild. Bonhoeffer schreibt:

„In der Liebe zu denen, die uns lieben, zu unseren Brüdern, zu unserem Volk, zu unseren Freunden, ja auch zu unserer christlichen Gemeinde, sind wir den Heiden und den Zöllnern gleich. Sie ist das Selbstverständliche, Reguläre, Natürliche, aber keineswegs das Christliche. ... Die Liebe zu denen, die mir durch Blut, Geschichte oder Freundschaft gehören, ist dieselbe bei Heiden und Christen. Jesus hat über diese Liebe nicht viel zu sagen. Daß einer seine Brüder, sein Volk, seine Freunde lieben solle, braucht Jesus nicht zu sagen, es versteht sich von selbst. ...“. Dietrich Bonhoeffer, Nachfolge (1937 erstmals veröffentlicht), München 1971, Kapitel: „Der Feind- Das `Außerordentliche`“, 120-129, hier: 127

Sicherlich hat jede Zeit ihre eigenen Herausforderungen. Man kann die heutige Zeit nicht gradlinig mit der Ursprungssituation der Barmer Erklärung vergleichen, aber wir können theologische Lehren aus der historischen Erfahrung ziehen.

3. Juristische Auseinandersetzung mit dem Begriff der Menschenfeindlichkeit

Die Kirchenleitung der EKBO hat sich bereits im Dezember 2015 als Vorbereitung auf die Gemeindegemeinderatswahlen des Jahres 2016 mit der Frage auseinandergesetzt, wie damit umzugehen wäre, wenn Mitglieder der AfD in kirchlichen Gremien aktiv werden wollen.

In der Grundordnung der EKBO (GO) heißt es:

„... nicht vereinbar (mit dem Ältestenamt) ist die Mitgliedschaft in oder die tätige Unterstützung von Gruppierungen, Organisationen oder Parteien, die menschenfeindliche Ziele verfolgen“ (GO Art. 19,1)

In der Handreichung der EKBO für die Gemeindegemeinderatswahlen wird das Kriterium der „Menschenfeindlichkeit“, mit dem *Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz* konkretisiert: Was ist „menschenfeindlich“? Eine menschenfeindliche Haltung bedeutet, dass Personen allein aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe (der Religion, der Kultur, der Nationalität, der sexuellen Prägung ...) herabwürdigt werden, dass also das Prinzip der gleichen Menschenwürde und der gleichen Menschenrechte missachtet wird und Grundrechte abgesprochen werden.

Wer aufmerksam ist, wird merken, dass ein Verhalten, das die Menschenwürde und -rechte achtet, von Rechtspopulisten oft als „*political correctness*“ diffamiert wird. Das ist dann schon der erste Schritt, um Raum für menschenfeindliche Haltungen zu gewinnen.

In der Herabwürdigung von Muslimen und der Infragestellung der Religionsfreiheit ist das Programm der AfD sehr nahe an der Grenze zur Menschenfeindlichkeit. Das Programm kann juristisch allerdings noch nicht als menschenfeindlich eingestuft werden.¹³ Die Funktionäre der AfD aber überschreiten in ihren öffentlichen Äußerungen ständig die rote Linie. Da juristisch das Programm die Grundlage der Entscheidung ist, können wir niemanden von kirchlichen Leitungsgremien nur wegen einer AfD-Mitgliedschaft ausschließen. Wenn sich aber eine Person öffentlich menschenfeindlich äußert, kann diese Person von kirchlichen Ämtern ausgeschlossen werden.

IV. Zur Aufgabe der Seelsorge

Ich bin davon überzeugt, dass uns die Seelsorge im Gespräch mit Menschen, die autoritären Vorstellungen nachhängen, die rassistische Überzeugungen, offen oder verdeckt, vertreten, vor großen Herausforderungen stellt. Ich erlebe mich selbst so, dass die von mir gelernte Seelsorge hier an ihre Grenzen kommt. Ich habe gelernt, mich empathisch auf den Gesprächspartner einzulassen, mich mit Wertungen zurückzuhalten und dem Gegenüber zu helfen, seine eigenen Überzeugungen zu finden. Das kann im Gespräch mit Rechtspopulisten nicht gelingen. Hier muss ich Haltungen und Methoden lernen, die ich bisher nicht anwenden musste: klare, offene Abgrenzung; Konfrontation; Benennen von Positionen, die ich nicht akzeptieren kann; Grenzen der Gesprächsmöglichkeit aufzeigen; aber auch: Bereits vorab klären, unter welchen Bedingungen ich zu einem Gespräch bereit bin, damit ich nicht instrumentalisiert werde. Denn vielfach geht es der anderen Seite nicht um ein inhaltlich geführtes Gespräch, sondern um die Inszenierung und Vermarktung einer Begegnung. Geht es überhaupt um Seelsorge? Ist überhaupt ein sachliches Gespräch gewünscht? Wir dürfen ja nicht vergessen, dass unsere evangelische Kirche der erklärte Feind der AfD ist. Das Kirchenpapier der Thüringer AfD („Unheilige Allianz“) müsste jedem die Augen öffnen. Diesem Papier hat im Raum der AfD bisher niemand widersprochen.

Trotzdem bleiben einige grundlegende ethische Werte wichtig, zum Beispiel die Unterscheidung von Person und Werk. Bei aller Härte der inhaltlichen Auseinandersetzung, muss ich die Würde des anderen wahren und darf nicht Menschenverachtung mit Menschenverachtung begegnen. Das ist leichter gesagt als getan. Es muss aber unser Maßstab bleiben.

¹³ Als Beispiel sei das Kapitel „Der Islam gehört nicht zu Deutschland“ genannt. Zwar wird in diesem Kapitel nicht explizit die Einschränkung der Grundrechte muslimische Mitbürgerinnen und Mitbürger gefordert. Der formulierte Generalverdacht („Der Islam gehört nicht zu Deutschland. In seiner Ausbreitung und in der Präsenz einer ständig wachsenden Zahl von Muslimen sieht die AfD eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung...“) sowie die geforderten Einschränkungen islamischen Lebens laufen aber faktisch auf eine Einschränkung der Grundrechte aufgrund der Zugehörigkeit zum Islam hinaus. Programm für Deutschland (vgl. Anm. 2), S. 49 und unten Kapitel IV.3.

Das bedeutet aber auch, dass ich nicht das Verständnis für den Menschen in seinen Problemen und Ängsten mit Sympathie für seine Positionierung verwechseln darf. Ich erlebe leider immer wieder die wohlmeinende Haltung: „Wir müssen doch die AfD-Wähler verstehen und nachvollziehen, warum sie mit dem Stimmzettel ihren Unmut zum Ausdruck bringen.“ Und dann werden unmerklich Positionen der AfD übernommen. Dagegen gibt es in Brandenburg den wunderbaren Satz: „Ich muss doch nicht zum Rassist werden, weil der ÖPNV in meiner Region noch nicht ausgebaut ist!“ Verständnis für Probleme ja, aber nie ohne den Hinweis, dass es unverantwortlich ist, wegen der Probleme dann eine Partei zu wählen, die rassistisch ist, die Grundlagen unserer Demokratie angreift und Hass säet. Wenn ich diese klare Abgrenzung im Gespräch nicht deutlich zum Ausdruck bringe, fühlt der Gesprächspartner sich anschließend nicht nur als Person, sondern auch in seinen politischen Vorstellungen von der Kirche legitimiert.

Es gibt eine Handvoll Argumente, mit denen Rechtspopulisten sich gegen Kritik immunisieren. Wenn ich diese Argumente durchgehen lasse, kann ich die argumentative Abgrenzung nicht mehr vornehmen:

1. Die AfD ist doch eine demokratische Partei.

Nein, das ist sie nicht. Sie ist eine Partei, die die freiheitliche Demokratie benutzt, um sie von innen heraus zu destabilisieren, um autoritäre Herrschaftsformen zu etablieren.

2. Die Kirche ist doch ein Abbild der Gesellschaft. Wie können Sie so scharf gegen die AfD argumentieren, wenn doch auch viele Kirchenmitglieder AfD wählen.

Ich kann das nicht nur, ich muss das tun, weil wir eine Kirche mit einem Bekenntnis und mit einem Wertefundament sind. Dass es Evangelische Christen gibt, die die AfD unterstützen, ist ein ernsthaftes Problem, an dem wir arbeiten, aber keinesfalls eine Legitimation für die Akzeptanz rechtspopulistischer Positionen. Wir sind keine Kirche, die lediglich alle vorhandenen Meinungen und Überzeugungen moderiert, sondern eine Kirche die bestimmte Inhalte und Werte zu bekennen hat.

3. Es ist unstatthaft, die Positionen der heutigen Rechtsextremen und Rechtspopulisten mit der Zeit der 1930er Jahre zu vergleichen.

Natürlich wiederholt sich die Geschichte nicht. Aber wenn ich mir verbieten lasse, den Vergleich der Nazizeit heranzuziehen – und vergleichen heißt immer, Analogien und Unterschiede zu benennen -, dann ist es nicht mehr möglich die Lehren aus der Geschichte zu ziehen. Und genau deswegen: Weil die Lehren aus der Geschichte des Nationalsozialismus in unserem Land eindeutig gegen die AfD sprechen, fürchten die Rechtspopulisten den Vergleich

wie der Teufel das Weihwasser. Und genau deswegen dürfen wir nicht aufhören, diese Vergleiche in differenzierter Weise zu ziehen.

4. *Wie können Sie die AfD und ihre Unterstützer so scharf ausgrenzen, das widerspricht doch der Nächstenliebe?*

Wir grenzen keine Personen aus, sondern Positionen. Wer sich allerdings mit menschenverachtenden Positionen vollständig identifiziert, und mit diesen Positionen in der Kirche akzeptiert werden möchte, der wird auf Ablehnung bei uns stoßen; der aber hat sich selbst ausgegrenzt.

5. *Die AfD ist doch nötig, weil sie den Diskussionsraum erweitert, Denkverbote aufbricht, für die Meinungsfreiheit eintritt und eine zu enge political correctness aufbricht.*

Dagegen ist zu sagen: Was Rechtspopulisten als zu überwindende *political correctness* bezeichnen, ist vielfach nichts anderes als eine Haltung, die es ablehnt, im Sinne der Menschenwürde und der Menschenrechte, menschenverachtende, Thesen und Meinungen zuzulassen. Es ist kein Fortschritt, wenn der Diskursraum für menschenverachtende Thesen und Meinungen geöffnet wird, sondern ein zivilisatorischer Rückschritt. Am pointiertesten sagt das der plakative Satz: „Hass ist keine Meinung.“

6. *Die Kirche nimmt die Menschen und ihre Probleme nicht ernst, wenn Sie die AfD ausgrenzt.*

Das Gegenteil ist richtig. Wir nehmen im Sinne christlicher Ethik Menschen dann ernst, wenn wir sie auf die Folgen ihres Tuns hinweisen, wenn wir sie also ethisch in die Verantwortung rufen: Jemandem, der die AfD wählt, darf ich nicht verschweigen, dass er damit den parlamentarischen Arm der gewaltbereiten Rechten stärkt; dass er diejenigen stärkt, die unsere Gesellschaft bewusst destabilisieren; dass er oder sie diejenigen unterstützt, die mit hemmungslosen Hassreden die Gewaltbereitschaft in unserer Gesellschaft stärken. Ich muss ihm oder ihr deutlich machen, dass jeder Unterstützer eine Mitverantwortung für die Folgen trägt. Meinem Gegenüber dies offen zu sagen heißt, ihn ernst zu nehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, meine Überzeugung ist, dass es heute Aufgabe der Kirchen ist, mit einem geistlichen Fundament einen geistigen Kampf in unserem Land zu führen, in der Sache klar, in der Art und Weise fair. Wir müssen uns für den Erhalt des Wertefundamentes unserer Gesellschaft einsetzen. Das ist Teil unserer Kernkompetenz.

Sie stehen dabei in einer wichtigen Aufgabe: Sie betreuen seelsorglich Menschen, die mit ihrer ganzen Existenz für die Werteordnung, für Recht und Gerechtigkeit, eintreten und deshalb täglich die Spannungen in unserer Gesellschaft mitbekommen, zum Teil sehr real und handgreiflich. Gerade sie brauchen Orientierung, Unterstützung und Anerkennung.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Hinweis auf Homepage der EKD

Kirche gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus

„Evangelische Kirche in Deutschland/Schwerpunkte – Schwerpunkte von A-Z - Kirche gegen
Rechtspopulismus und Rechtsextremismus

<https://www.ekd.de/kirche-gegen-rechtspopulismus-und-rechtsextremismus-49866.htm>

-